

Die „Freie W. ...“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit dem Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“ „Freuen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die Anzeigenpreise ... Die Anzeigenpreise ... Die Anzeigenpreise ...

Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

STREIFLICH

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Lloyd Georges gegen Poincaré

Die ersten grundlegenden Ausführungen der in London versammelten Staatsmänner sind erfolgt. Eine Verständigung konnte selbstverständlich bei den weit auseinandergehenden Auffassungen Frankreichs und Englands noch nicht herbeigeführt werden. Aber es spricht einiges dafür, daß man zu einem Abkommen gelangt. Nichtsdestoweniger wird das Damoklesschwert verschärften Vorgehens gegen Deutschland weiter über unseren Häuptern hängen. Von der wirklich bedrohlichen Lage Deutschlands machen sich leider auch nur wenige der einflussreichen Kreise in England, wo doch die Neigung zur Hilfe am größten ist, eine richtige Vorstellung.

Frankreichs Lage ist verzweifelt. Wer wollte das bestreiten. Nur werden die Mittel, die Poincaré und seine Treiber anwenden wollen, daran nichts ändern. Wie verwickelt und trostlos die Lage allgemein ist, erzieht man aus den Ausführungen des Oxford-Prof. Keynes, von denen wir an anderer Stelle einen Auszug bringen. In Genua vermied man es auf Frankreichs Betreiben, über die Reparationen zu sprechen. Obwohl man bereits vor Beginn der Genua-Konferenz erkennen mußte, daß ohne grundlegende Aenderung der Reparationsfrage jede Verhandlung zwecklos ist. Inzwischen sind nur wenige Monate vergangen. Die Lösung der Reparationsfrage ist seitdem aber weit schwieriger geworden. Heute sind viel einschneidendere Maßnahmen notwendig als damals nötig waren, wenn sie sich überhaupt in günstigem Sinne wirksam erweisen sollen.

Das bedeutungsvollste der Konferenzen liegt wohl in den Ausführungen der englischen Vertreter, die die Bereitwilligkeit Englands erklärten, auf ihre Kriegsforderungen gegenüber den Alliierten zu verzichten. Das wäre in der Tat ein Weg, der zu Erleichterungen führt. Wenn damit die Störungen im englischen Wirtschaftsleben abgestellt, würde auch England trotz des Verzichts auf riesenhafte Forderungen noch mit einem Gewinn abschließen. Den übrigen alliierten Mächten aber löste es die Möglichkeit, ohne die bisher überhöhten Erwartungen gegenüber Deutschlands Zahlungskraft, wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Allerdings muß man auch darauf Rücksicht nehmen, daß Deutschlands Finanzlage es nicht zuläßt, die Unterhaltung für ein gewaltiges Besatzungsheer zu tragen. Auch diese Frage wurde von den englischen Vertretern berührt und die Vertreter Belgiens, Italiens und Japans traten ihnen bei. Wie die Konferenz ausgehen wird, ist allerdings zur Stunde noch nicht zu erkennen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nichts fernliegend, als sich bei uns in rosiggen Hoffnungen wiegen zu wollen. Wird aber eine Verständigung erzielt, nach der die Reparationen auf ein tragbares Maß begrenzt, die Besatzungskosten herabgesetzt, was natürlich auch eine Herabsetzung des französischen Heeres bedeuten würde, dann dürfte auch auf Amerikas finanzielle Hilfe in absehbarer Zeit gerechnet und nach einem gewissen Zeitraum ein allmähliches Emporkommen zu erhoffen sein. Bis dahin sind aber noch so unendlich viele Schwierigkeiten zu überwinden, daß es schier wahnwitzig erscheint, auf solchen Ausgang in absehbarer Zeit hoffen zu wollen.

Debatte zwischen Poincaré und Lloyd George

(L.) London, 8. August. Zu Beginn der gestrigen Vormittags-Sitzung erklärte Poincaré in seinem ausführlichen Exposé, daß der Versailles-Friedensvertrag vielfach nicht durchgeführt wurde, insbesondere nicht in der Frage der Kriegsschulden. Die Reparationen, die Frankreich an die Alliierten zu zahlen hat, betragen 132 Milliarden. Poincaré erinnerte an die verschiedenen Verminderungen der deutschen Schuldsummen. Man habe bekannt, daß im April 1921, nachdem man die Reparationsforderungen auf 132 Milliarden festgelegt hatte, das Problem endgültig gelöst sei. Namentlich, daß Frankreich am Ende seiner Opfer angelangt sein werde. Aber trotz allem Entgegenkommen konnte man nicht einmal das wenige, was man Deutschland auferlegt hatte, durchsetzen. Man hatte damals erklärt, das Gesamtproblem der Kriegsschulden und der Reparationen gleichzeitig zu behandeln. Man wolle namentlich Verhandlungen wegen der Schuldverschreibungen der Kategorien B und C führen. Frankreich war geneigt, einer Kombination auf dieser Grundlage zuzustimmen. Aber der Beschluß der englischen Regierung,

wie er sich in der Note Lord Balfours kundgibt, schließt diese Möglichkeit im Voraus aus. Deutschland fordere ein ausgedehntes Moratorium und gleichzeitig eben, sagte Poincaré, uns unsere englischen und amerikanischen Alliierten bekannt, daß Frankreich ihnen gegenüber Geldverpflichtungen eingegangen sei, die erfüllt werden müßten. Poincaré schildert sodann die finanzielle Lage Frankreichs mit seinem Defizit von 85 Milliarden, von denen 45 Milliarden Vorschüsse auf Reparationszahlungen seien. Diese verschiedenen Anleihen, die Frankreich aufnehmen mußte und zu denen dann noch die Rindzahlungen kommen, gefährden das französische Budget in außerordentlicher Weise. Dieser Zustand dürfe nicht andauern. Lloyd George habe übrigens kürzlich daran erinnert, daß man Deutschland nicht zur Verzweiflung treiben dürfe. Aber auch Frankreich dürfe nicht dazu getrieben werden. Seine Ausgaben könne es nicht aufnehmen. Seine zerstückten Gebiete könnten nicht regelmäßige Steuern zahlen. Frankreich sei tatsächlich am Ende seiner finanziellen Kräfte. Man erkläre, daß auch Deutschland nicht mehr atmen könne. Gewiß sei dessen Lage schwer, aber durch seine eigene Schuld. Deutschland habe verschwindende Ausgaben gemacht, ohne sein Steuervermögen voll auszunutzen. Es habe seinen Bankrottenschein ins Staudalste verpackt. Wenn Frankreich daselbe getan hätte, so wäre es zu denselben Verhältnissen auch bei ihm gekommen. Deutschland habe sich internistisch ruiniert, und fordere nunmehr ein ausgedehntes Moratorium. Wenn die Reparationskommission gegen den Willen der alliierten Regierungen das Moratorium gewähren würde (und in diesem Fall wünscht Frankreich, daß es von kurzer Dauer wäre), dann muß wenigstens ein wirksamer Gegenwert geschaffen werden. Insbesondere müßten die bereits bestehenden Finanzkontrollen verschärft werden. Die vom Garantienkomitee zur Kontrolle der Reichsbank vorgeschlagenen Maßnahmen müßten ergänzt und der Danknotenumsatz in Deutschland überwacht werden. Außerdem könne Frankreich dem Moratorium für Deutschland nur dann zustimmen, wenn produktive Pfänder gegeben würden. Unter diesen Pfändern seien zu verstehen die Ausbeutung gewisser deutscher Bergwerke durch die Alliierten in einer noch zu bestimmenden Form, ferner die Ausbeutung der Domänen und landlichen Forsten, Verschärfung der Zollkontrolle und die Teilnahme allierter Gesellschaften an den industriellen und Handelsunternehmungen Deutschlands, in dem den Alliierten ein Teil des Aktienkapitals zugehört würde.

Die Antwort Lloyd Georges.

Nach der Rede Poincarés erhob sich Lloyd George und stellte die Frage, ob man sich einem richtigen Ultimatum gegenüberbefinde. Chamberlain griff in die Debatte ein und erklärte, daß er beim Anhören der Rede Poincarés nicht den Eindruck hatte, als ob es sich um ein Ultimatum handele. Er bat Poincaré, mitzuteilen, ob er seine Rede richtig verstanden habe. Poincaré beruhigte die beiden englischen Staatsmänner.

Gegen die Vorschläge Poincarés machte Lloyd George bereits in der Vormittags-Sitzung Einwendungen, die er dann in der Nachmittags-Sitzung in einer großen Rede ausführlich darlegte. Er zeigte, daß auch Großbritannien durch die Nichtbezahlung der Reparationssummen außerordentlich schwer litten, insbesondere er darauf, daß England weit mehr Kriegskosten zu tragen habe, als Frankreich. Denn die englischen Kriegskosten beliefen sich auf 49 Milliarden Dollar, die Frankreichs auf 37, und die Italiens auf 14½ Milliarden. Die Reparationen, die Frankreich für seine zerstörten Gebiete anwandle, und die Verluste des englischen Handels, der ebenfalls ein großes zerstörtes Gebiet sei, könnten miteinander verglichen werden. Auch England könne Anspruch auf Reparationskosten erheben. Aber es stelle sich auf eine höhere Stufe. Von den produktiven Pfändern und von den Kontrollmaßnahmen, die Poincaré vorgeschlagen hatte, erwartete Lloyd George nicht viel. Was die Ruhrbesetzung anbelange, so erinnert Lloyd George an die Debatten von Spa in dieser Hinsicht. Man stimmte damals allseitig überein, daß sieben Divisionen unumgänglich notwendig seien, um das Gebiet zu besetzen. Die Sachverständigen erkannten damals an, daß vom finanziellen Standpunkt aus die Kosten viel zu hoch wären, und die Ergebnisse, die erzielt werden könnten, weit überschreiten würden. Diese Zwangsmaßnahmen könnten eine ernstliche Gefahr vom Standpunkt der inneren deutschen Politik bedeuten. An den Ergebnissen der Pfänder zweifelt Lloyd George. Man müsse sich insbesondere fragen, welche Nutzen die gegen Deutschland zu erziehenden Sanktionen dort hervorzubringen könnten. Lloyd George verweist darauf, daß die Beurteilung des Versailles-Friedensvertrages durch Frankreich nicht immer richtig sei. Dem diesem Vertrage sei Deutschland im größten Maße abgetrieben, und es sei unfähig, einen neuen Krieg zu führen. Deutschland habe kaum mehr Leute, um die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten. Was die Reparationen anbelange, so wolle daran erinnert werden, daß Deutschland trotz dreier Revolutionen und der Schwächung seiner Regierungsmacht bereits 10 Milliarden Goldmark bezahlt habe. Der Ruhrstreik der Ruhr sei ein ungeschicktes Thermometer, um den Ruin Deutschlands fest-

zustellen. Lloyd George schlägt sodann die Ueberweisung des gesamten Problems an ein Sachverständigenkomitee vor.

Italien, Belgien, Japan für Lloyd George.

Der Standpunkt Lloyd Georges wird von Schanzer, Thénis und Daniloff unterstützt. Poincaré erklärt sich ebenfalls einverstanden, doch fügte er hinzu, daß die Ergebnisse dieser Komiteeberatungen keineswegs den Beschlüssen vorgehen dürften, die später von den alliierten Regierungen in der Frage der Garantien und der Frage der produktiven Pfänder gefaßt werden sollen.

(L.) London, 8. August. Als Poincaré seinen Plan über die Finanzkontrolle entwickelte, unterbrach ihn Schanzer mit den Worten: „Ich leugne nicht, daß Ihr Vorschlag Geld einbringen kann, aber ich habe Bedenken in politischer, sozialer und moralischer Hinsicht.“ Poincaré antwortete: „Ich danke.“ Als etwas später Lloyd George Poincaré unterbrach und ihn darauf aufmerksam machte, daß er sich Funktionen der Reparationskommission anmaße, sagte Poincaré: „Ich glaube, ich habe Ihnen diese Annahme auch schon bereits vorhalten können.“ Im allgemeinen glaubt man, daß der ganze Komplex der Schuldenfrage auf einer weiteren Konferenz, die, wie man hier erwartet, in einem neutralen Staat stattfinden soll, beherrscht werden muß.

Gibt Poincaré nach?

(L.) London, 8. August. In London haben die Forderungen Poincarés in den nicht-französischen Kreisen einen ziemlich schlechten Eindruck gemacht. Selbst die Befürworter über die Schärfe der Forderungen entzweit. Die Engländer halten Poincarés Plan für indiskret und aus Neugierden einflussreicher Politiker geht hervor, daß man ein absolutes Scheitern der Konferenz befürchtet. Man nimmt aber nicht an, daß Poincaré bei dieser Sachlage auf seine Forderungen bestehen wird, da in französischen Kreisen schon gestern Abend Andeutungen gemacht wurden, wonach Poincaré die Forderungen, die die Konferenz für unpraktisch oder schwer durchführbar hält, nicht aufrecht erhalten wird, wenn er dafür die übrigen durchziehen kann.

Beratungen der Finanzsachverständigen

(L.) London, 8. August. Die Finanzsachverständigen berieten heute vormittag von 10-11 Uhr im englischen Schaham unter dem Vorsitz Sir Robert Dornes. Ihre Aufgabe war, die praktischen Ergebnisse zu untersuchen, die man von den produktiven Pfändern erwarten könnte, die Poincaré für die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs an Deutschland vorschlug. Unter diesen Vorschlägen werden die folgenden genannt: Ueberwachung der Reichsbank und der Ausfuhrbewilligungen, Ueberwachung der Bewegung in fremden Devisen, Einfuhr durch die Staatsbergwerke, Domänen und Forsten, Bekämpfung der Ruhrfäule sowie der metallurgischen Produkte beim Verlassen des Ruhrgebietes, Wiederherstellung der Zollstrafen östlich des belgischen Rheinlandes, Beteiligung der Alliierten mit 20 Prozent an gewissen deutschen Industrien.

Deutsche Vorstellungen in London

Von amtlicher deutscher diplomatischer Seite sind in Downing-Street vor Beginn der Londoner Ministerpräsidentenkonferenz erste Vorstellungen erhoben worden, die nicht ohne Eindruck auf die führenden Staatsmänner Englands geblieben sind. Die Darstellung ist ziemlich umfangreich und beschäftigt sich eingehend mit Deutschlands Lage im Sommer 1922. Sie wurde außer der englischen Regierung auch allen anderen Regierungen der alliierten Mächte durch die deutschen Vertreter übermittelt. Wie hier in sachkundigen politischen Kreisen verlautet, bewegen sich die deutschen Vorstellungen auf der Basis, daß Deutschland freiwillig anerkennt, daß sich seit einiger Zeit einflußreiche Kreise des Auslandes in steigendem Maße bemühen, den tatsächlichen Zustand Deutschlands objektiv zu beurteilen. Andererseits werde aber Deutschland von anderen nicht minder einflußreichen Kreisen des Auslandes immer noch als ein wohlhabendes Land angesehen, dessen wirtschaftliche und soziale Kräfte aber Schuld zerrütet, dessen wirtschaftliche und soziale Kräfte aber unversiebt seien. Daß es Deutschland nur erbe, finde man nicht nur in den Zeitchriften des Auslandes, sondern auch in halb-offiziösen Verichten oftmals niedergelegt. Dabei hätten aber schon die Verhandlungen in Genua einwandfrei ergeben, daß schon die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands einen schweren Schaden für die übrige Welt mit sich bringe. Deutschland könne Goldwechsel nur durch Warenexporte gewinnen. Seine Schiffahrt bringe ihm keinerlei Ueberdusch, sondern es müsse im Gegenteil an die fremde Schiffahrt Goldwechsel für seine Einfuhrtransporte bezahlen. Die deutsche Ausfuhr sei gegenüber der vor dem Kriege beträchtlich gesunken und betrage nur noch etwa 30 Proa. der Ausfuhr vor dem Kriege. Trotzdem sei in der Welt die Meinung verbreitet, daß Deutschland unter dem Schutz seiner Wäuta die Weltmärkte mit seinen Waren überschwemmt. Statistisch wird das Gegenteil nachgewiesen und erklärt, daß die Hauptursachen des Rückganges der deutschen

Ausfuhr zurückzuführen seien auf den Rückgang der Weltmarktumsätze in der Abgabe der großen Mengen von Sachleistungen und in den besondern Erleichterungen für die deutsche Ausfuhr. Das System der Ausfuhrkontrolle sei nötig, um die Ordnung des Weltmarktes nicht zu stören und das Galutadumping zu vermeiden.

Der notwendige Gesamtbedarf Deutschlands an Golddevisen übersteige auch ohne Reparationsleistungen, ohne Besatzungskosten und ohne die aus dem Clearingverfahren erwachsenden Kosten die Einnahmen Deutschlands an Golddevisen. Durch den Verlust wichtiger Ernährungsgebiete habe Deutschland eine Lebensmittelinfuhr im Jahre 1921 gehabt, die 38 Proz. der Gesamteinfuhr betrug, gegenüber 28 Proz. im Jahre 1913. Die deutsche Zahlungsbilanz, vor dem Kriege eine Ueberschussbilanz, sei heute durch die Gestaltung der Handelsbilanz mit mindestens 1 Milliarde Goldmark passiv.

Bei alledem habe Deutschland schon jetzt aus seinem überaus mobilisierbaren Vermögen und mobilen Gütern insgesamt 45 Milliarden Goldmark auf Grund des Friedensvertrages geleistet. Rechnet man den Goldwert der Gebietsverluste und den Verlust der Kolonien hinzu, so geben das eine Summe von mehr als 100 Milliarden Goldmark. Das bedeuete im ganzen die Ablieferung von einem Drittel des ursprünglichen deutschen Volkvermögens.

Dazu kämen noch die laufenden Barzahlungen. Die Entente verlange 3 1/2 Milliarden Goldmark Reparationsleistungen, dazu fast 1/2 Milliarde Goldmark aus dem Clearingverfahren und die ungeheuren Besatzungskosten. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen wäre nur dann möglich, wenn Deutschland einen Kreditgeber fände. Wer aber könne einem Schuldner kreditieren, dessen Ausgaben bereits ohne Schulddeckung die Einnahmen übersteigen? Deutschland sei also auf Devisenkäufe angewiesen, habe aber jetzt die erschreckende Gewissheit, daß der Markterkauf von Tag zu Tag unter immer ungünstigeren Bedingungen erfolge.

Die deutsche Darstellung soll dann, nach den Mitteilungen des Londoner Gewährsmannes der „Dena“, auf die Frage eingehen, ob Deutschland im Innern wohlhabend geblieben sei, und soll den schmerzlichen Wohlstand Deutschlands eingehend beleuchten und dabei darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß das viele Geld, das in Deutschland verdient wird, nur geringen Wert habe.

Am weiteren wird nach den Mitteilungen der „Dena“ die wirtschaftliche Lage unter Aufzählung statistischer Ergebnisse dargestellt. Wir haben die wichtigsten Ziffern bereits in einem ausführlichen Artikel der Sonntagsausgabe der „Freiheit“ gebracht. Die Vorberichte weisen im weiteren darauf hin, daß eine solche Entwicklung auch für die künftige Leistungsabnahme die schlimmsten Folgen habe. Die Wiedergesundung Deutschlands sei keine innerdeutsche Angelegenheit. Deutschland habe vor dem Kriege große Prozentanteile der Ausfuhr aller Kulturstaaten bei sich aufgenommen. Durch seine ungeheuren Verluste an Gebiet, Fläche, Auslandsbeziehungen usw. und wehrlos gemacht durch den bitteren Handelskrieg, sei Deutschland ein Spielball anderer Länder geworden. Obwohl Deutschland abgerüstet habe, werde es von einer Anzahl von Kommissionen bewacht, von denen jedes Mitglied ein wesentlich höheres Gehalt beziehe als ein deutscher Reichsminister. Die Souveränität der deutschen Regierung werde nicht beachtet, jede Kommission regiere Deutschland mit Noten und Beschwerden. Im Januar und Februar 1922 habe die Reichsregierung 100 Noten erhalten. Die Darstellung der deutschen Regierung soll aus diesen Angaben die Schlussfolgerung ziehen, daß

Deutschlands Zahlungsfähigkeit für äußere Schuld, insbesondere für Barzahlung vorerst nicht vorhanden sei. Seine innere Leistungsfähigkeit für Aufbringung von Mitteln werde weit überschätzt, sie laufe, je mehr sich die Anstrengung der Einkommen dem Existenzminimum nähere.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit für äußere Schuld könne erst eintreten, wenn die Abgabemöglichkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt sich vergrößere, wenn es genügend Rohstoffe, besonders Rohle, erhalte und wenn die innere Kaufkraft durch eine Atempause, während der keinerlei Wertentwertung mehr eintreten dürfe, wieder hergestellt werde.

250 Ausweisungen im Elsaß

(E.P.) Straßburg, 8. August. Die Ausweisungsvorordnungen für 250 deutsche Elsaß-Vertriebenen sind unterzeichnet worden. Gestern mitternacht seien diese aber noch nicht zur Durchföhrung gelangt. Die Deutschen waren von dieser Maßnahme durch die Polizeisektionen in Kenntnis gesetzt worden.

Alwin Gerisch

Gestern früh starb unerwartet Alwin Gerisch, als Romanschriftsteller weiten proletarischen Schichten bekannt unter dem Pseudonym A. Ger., an den Folgen einer Operation. Ursprünglich Maschinenbauer, kam er frühzeitig in die Arbeiterbewegung. Bereits in den achtziger Jahren war er Vorstandsmitglied und Redant im Berliner Metallarbeiterverband. Während des Ausnahmegerichtes wurde er, damals erst 33 Jahre alt, bereits zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei neben Weber, der seinerzeit das Amt des Kassierers versah, gewählt. 1892 tauschten die beiden mit ihren Partnern, und so hat Gerisch bis 1912, also 26 Jahre lang, der Parteileitung angehört. Damals zwang den Nimmermüden ein quälendes Leiden, aus dem Hochbetrieb der Tagespolitik auszusteigen.

Aber nicht nur als Politiker stand Gerisch Jahrzehnte hindurch in vorderster Front der kämpfenden Arbeiterschaft. Sein ausgesprochen schriftstellerisches Talent machte ihn als Romanschriftsteller volkstümlicher Art zum beredten Anwalt des Proletariats. Wer kennt nicht die vor Jahren in der Vorwärtsbeilage „Neue Welt“ abgedruckten Romane „Der Gotteslästerer“, „Maria und Josef“ usw.? Bieviel Interesse wurde nicht diesen Arbeiten von dem proletarischen Lesepublikum entgegengebracht! Diese in seiner engeren Heimat derde wurzelnden Geschichten — er kamme aus dem Erzgebirge — schildern in allen Variationen das Elend einer unterdrückten Klasse, ihre aus Unwissenheit und Waiseinsamkeit geborene Indifferenz. Fast immer handeln die Hauptfiguren seiner größeren Romane sozialistisch und weltanschaulich, und meisterlich hat es dieser einfache Metallarbeiter verstanden, die Gegensätze der Klassen in den einzelnen Typen seiner Arbeiten darzustellen. Man merkt es diesem urwüchsigen, durch keine moderne „Kultur“ verblödeten Dichter an, daß er seine engere Heimat liebt, daß er darüber hinaus aber auch seine Klasse, das internationale Proletariat, den Weg der endlichen Befreiung führen möchte. Die heiße Sehnsucht seines Herzens hat sich nicht erfüllt. Er, der fast alle seine alten Kampfgenossen wie Weber, Lieb-

Gegen Frankreichs Vorgehen

Das Reichskabinett nahm Stellung zu den Restorationsmaßnahmen der französischen Regierung. Wie dazu berichtet wird, handelt es sich vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, um folgendes:

Nach dem Punkt 1 der französischen Note haben die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg Weisung erhalten, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben. Dies widerspricht nicht nur dem Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebauten Clearingsystems, sondern auch der positiven Bestimmung des § 5 der Anlage zu 206, in dem vorgesehen ist, daß das Schuldneramt dem Gläubigeramt binnen angemessener Frist (en temps utile) die anerkannten Forderungen bekanntzugeben hat. Unter der „angemessenen Frist“ kann nach dem Sinn dieser Bestimmung nur eine solche verstanden werden, wie sie von den Ausgleichsämtern selbst infolge des Geschäftsganges für notwendig erachtet wird. Eine Weisung der Regierung, jede Bekanntgabe von Anerkennnissen an das gegnerische Amt bis auf weiteres zu unterlassen, ist mit dieser Vorschrift nicht vereinbar.

Zu dem Punkt 2 der französischen Note ist folgendes zu sagen: In einem Abkommen vom August bis September 1921 hat sich Frankreich verpflichtet, diejenigen Entschädigungsbeträge, die Deutschland auf Grund des Art. 2070 zu tragen hat, an die französischen Staatsangehörigen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu zahlen. Die Einstellung der Zahlungen dieser Entschädigungen, welche die französische Regierung nur anständig, bedeutet einen Bruch des Abkommens. Die Verpflichtung der deutschen Regierung zur Barzahlung auf diese Entschädigungen erschöpft sich nach dem Abkommen in der Leistung derjenigen Beträge, zu deren Deckung die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums nicht ausreichen.

Nach Punkt 3 der französischen Note haben die französischen Ausgleichsämter die Anweisung erhalten, bis auf weiteres dem deutschen Ausgleichsamt die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich nicht mehr bekanntzugeben. Nach Art. 2070 hat aber Frankreich die Liquidationserlöse dem deutschen Ausgleichsamt zuzuschreiben. Zur Ergänzung dieser Bestimmungen ist im April 1921 zwischen Deutschland und Frankreich ein Abkommen geschlossen worden. Danach soll das französische Ausgleichsamt binnen 15 Tagen, nach dem der Betrag ihm überwießen ist, spätestens binnen drei Monaten nachdem die Liquidation bestätigende Urteile dem deutschen Ausgleichsamt die Guischrift mitteilen. Wenn also in Zukunft das französische Ausgleichsamt die Liquidationserlöse überhaupt nicht mehr mitteilen sollte, so liegt auch hier eine glatte Verletzung bindender Verpflichtungen vor.

Das Verbot der freien Möbelausfuhr aus Elsaß-Lothringen, das in Punkt 4 der französischen Note mitgeteilt wird, bedeutet einen Bruch des Baden-Badener Abkommens vom 15. November 1919. Es handelt sich hier um Möbel und Kleidungsstücke vertriebener Deutscher, deren Freigabe von Frankreich in einem förmlichen schriftlichen Vertrag zugesagt worden ist. Die Zahlung von 25 Millionen Frank, die Deutschland in diesem Vertrage übernommen hatte, ist bereits vor längerer Zeit erfolgt.

Armer Gehler!

Anläßlich von Interpellationen im Reichstag über die Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen und nationalen Kundgebungen ließ der Reichswehrminister durch einen Beauftragten die Erklärung abgeben, daß er gegen sich selbst einen Untersuchungsausschuß einsetzen werde. Von diesem Entschluß wird nunmehr die Reichswehr durch folgende Kundgebung unterrichtet:

„Ich lege Wert darauf, diese Maßnahme der Truppe bekanntzugeben und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß mir eine derartige Untersuchung als der beste, wenn nicht einzige Weg erscheint, um die systematische Propaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzuklären und dadurch die Parteien der Interpellanten im Reichstag zur Anerkennung des durchaus loyalen Verhaltens der Reichswehr zu zwingen. Der Schick der Reichswehr ist blank. Ihre Haltung und ihr Auftreten wird und muß von jedem Unparteiischen, wie gerade jetzt wieder in Oberösterreich, gern anerkannt werden. Wo Gehler vorkommen, die sich in einer so großen Gemeinschaft nie ganz vermeiden lassen, werden sie abgefeilt. Wir haben es nicht nötig, uns beschimpfen zu lassen, und brauchen keine Untersuchungen zu scheuen.“

aus: Dr. Gehler.

Stünde nicht der Name Gehler unter diesem Schriftstück, so könnte man meinen, es hier mit dem Roste, von

der Kaputttheit her, zu tun zu haben. Offiziere scheinen Herrn Gehler bereits ebenso eingewidelt zu haben, wie weiland Roste. Dafür spricht der ganze Ton und Geist dieser Kundgebung. Der Demokrat Gehler nimmt restlos die ganze Reichswehr in Schutz und beschimpft die Interpellanten, SPD, und USV, als Lügner. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie nötig eine Untersuchung der Reichswehrpolitik und vor allem die Kalkulation Gehlers ist, dann ist es die obenstehende Erklärung, die einer verletzenden Herausforderung aller Republikaner gleichkommt.

Die Rheinlandkommission gestattet das Flaggen

Die Rheinlandkommission hat auf Ersuchen mitgeteilt, daß sie gegen das beabsichtigte Flaggen im besetzten Gebiet am 11. August 1922 in den Farben des Reichs, der Länder, der Provinzen oder der Städte zur Erinnerung an die Unterzeichnung der neuen deutschen Reichsverfassung keine Einwendungen erhebt, mit dem Vorbehalt, daß dieses Flaggen die öffentliche Ordnung nicht gefährdet. Die Delegierten der Rheinlandkommission in den verschiedenen Zonen sind von dieser Entscheidung benachrichtigt.

Ob die Reichsregierung bei der bayerischen Regierung wohl auch so viel Glück hat, wie bei der Rheinlandkommission.

Verchenfeld kommt doch nach Berlin

Vor einem Kompromiß?

(D.A.) Berlin, 8. August. Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld wird morgen mit der von bayerischen Landtag bestimmten Kommission hier eintreffen und zunächst dem Reichspräsidenten einen Besuch machen. Daran anschließend wird eine Besprechung der beteiligten Ressorts des Reichsjustizministeriums, des Reichsministeriums des Innern und des Reichskanzlers, wahrscheinlich unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden. In dieser Sitzung sollen die Grundzüge der Einigung festgelegt werden. Es wird dann ein Frühstück bei dem Reichskanzler stattfinden und darauf die Angelegenheit weiter in den Ressorts beraten werden. Die Pläne, die Graf Verchenfeld verfolgt, können dahin zusammengefaßt werden, daß er nicht eine Änderung der Verfassung wünscht, sondern daß er sich vielmehr mit einer authentischen Interpretation der Verfassung begnügen wird, dahingehend, daß die bundesstaatliche Oberhoheit in besonders wichtigen Einzelfällen gewahrt bleibt. Es scheint, daß die Reichsregierung geneigt ist, auf dieser Basis mit Bayern zu einer Einigung zu gelangen, so daß man hoffen darf, daß die Verhandlungen eine Verständigung herbeiführen werden.

Immer wieder Waffenfunde

(W.B.) Berlin, 8. August. Nach einer Davadmeldung sollen von der Interalliierten Kontrollkommission in der Festung Reife 1000 Tonnen Kriegsmaterial gefunden worden sein. Die sofort getroffenen Feststellungen haben ergeben, daß in der Tat in den Kasematten der längst geschleiften Festung Reife in einigen von der Militärverwaltung nicht mehr benutzten Räumen Kriegsmaterial in größeren Mengen vorgefunden worden ist. Entdeckt wurden n. a. 500 Gewehre und Karabiner, sechs leichte und acht schwere Maschinengewehre, außerdem große Mengen von Pulver und Munition, Geschütze oder Minenwerfer sind nicht vorgefunden worden. Es ist anzunehmen, daß der größte Teil dieser Bestände von dem sogenannten wilden Selbstschutz in Oberösterreich während der früheren Unruhen dort versteckt worden ist.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik

(E.P.) Washington, 8. August. Nach einer Unterredung mit dem Führer der Eisenbahnarbeiter, Bert Jewell, hat Präsident Harding neue Vermittlungsvorschläge ausgearbeitet. Ueber den Inhalt derselben ist aber noch nichts bekannt. Man glaubt, daß sie den Streikenden vorteilhafter seien als die früheren, da Harding ihnen mehr Entgegenkommen zeigt, seitdem sie die ersten Vorschläge angenommen haben, die aber von den Gesellschaften abgelehnt wurden.

Incht, Auer und Singer begraben hat, sah wohl den Morgen der Freiheit heraufdämmern; er erlebte die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien und den Sieg der von ihm in seinen Schriften als Dichter so meisterhaft behandelten Idee des Sozialismus zu erleben, war ihm nicht vergönnt.

Die sehr Alwin Gerisch den ungefühltesten Ton, die reine und einfache Sprache des deutschen Arbeiters zu treffen wußte, beweist die rege Nachfrage und die hohe Auflage seiner in Buchform erschienenen Romane. Daneben schrieb er viele Skizzen proletarischen Inhalts für die sozialistischen Tageszeitungen.

Die Abschiedsworte, die der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe dem dahingegangenen Parteifreund und Mitarbeiter widmet, wollen auch wir uns zu eigen machen: „Keiner Idealist, von immer veröhnlichem Geiste befeelt, lebte Gerisch mit den Parteigenossen und seinen nächsten Freunden in guter Kameradschaft und wahrer Freundschaft. Sein Scheiden bewegt uns und alle seine Freunde aufs tiefste. Ein edler, guter Mensch ging von uns.“ An seiner Bahre senkten sich die Banner auch unserer Partei.

Hollabühne: Carmen, Oper von Bizet. Die Sommerdirektion Reft gibt sich alle Mühe, dem täglich ausverkauften Hause wirklich Gutes zu bieten. Immerhin war sie mit ihrer Carmen - Aufführung nicht auf der Höhe, wobei ihr allerdings zugute gehalten werden muß, daß das Ensemble während der Sommerzeit immer ein mehr oder weniger zusammengewürfeltes sein muß. Aus diesem Grunde ließ wohl auch das Zusammenspiel zu wünschen übrig, so daß sich der Eindruck nicht verwirklichen ließ, daß ein paar Proben mehr der Aufführung nur hätten von Nutzen sein können. Um es gleich vorweg zu nehmen: Ueber die manchmal recht primitiven Dekorationen soll mit Rücksicht auf den dem Theaterzettel ausgegebenen Vermerk, der technische Mängel wegen des Bühnenarbeiterstreiks zu entschuldigen bittet, nichts gesagt werden. Dafür aber soll etwas ausführlicher über die Darsteller gesprochen werden. Herr Windgasse n als Don José ließ leider jede Leidenschaft vermissen, die in diesem unterirdischen Werke Bizets vom ersten bis zum letzten Takte pulst. In den höheren Sagen war er ziemlich

unsicher und so konnte es passieren — vielleicht durch eine vorübergehende Indisposition —, daß ihm verschiedentlich die Stimme überging. Nur im letzten Akte wurde er erst lebendig. Frau Meyer-Patterson, als Carmen etwas dia und rundlich zwar, spielte und sang voll Leidenschaft und suggestiver Kraft. Besonders vermerkt zu werden verdient Annela Sax-Ricardo, die mit ihrem Singen voll innerer Wärme das Publikum sogar zum Applaus auf offener Szene hinriß. Von dem Junge des Herrn Walded wollen wir schweigen. Eine gute Stimme an sich macht den Opernjünger nicht aus; die schauspielerische Begabung, die unbedingt dazu gehört, ließ hier „Leutnant“, der manchmal an den Hauptmann einer hinterpommerischen Bürgergarde erinnerte, absolut vermissen. Ueber gutes Stimmmaterial verfügt auch Herr Epilher als Escamillo. Die Herren Ruffelt, Mattheisen, Blach, die Damen Jansen und Kopisch seien lobend erwähnt, ebenso der von Cläre Bandorf getanzte Zigeunertanz, der vielleicht allzu sehr einen Stich in's Lohretische hatte. Das Blüthnerorchester unter Max Roth's Leitung war gut. Eine Anerkennung, die ausgesprochen werden muß, wenn man bedenkt, daß die Kapelle nur als Konzertorchester anzusprechen ist. Alles in allem: Nach der Walfäre eine Fortsetzung in der Carmen, die sich unter Berücksichtigung aller störenden Nebenwirkungen doch sehen und hören lassen kann und zu einigen Hoffnungen auf Wagners Siegfried und Puccinis Madame Butterfly berechtigt. O. M.

Die Funkstellen der Welt. Großfunkstationen gibt es jetzt im ganzen 32, davon 12 in den Vereinigten Staaten, 5 in Frankreich, 4 in England, 3 in Deutschland, 2 in Italien, China, Japan, auf den Hawaii-Inseln und Panama, je 1 in Norwegen, Schweden, Rußland, Holland, Mexiko und Java. Afrika zählt 5 Stationen, Australien 4. Funkstellen gab es am Ende des Jahres 1921 nach der Abnahme des Büros des Welttelegraphenvereins 14821 gegen 13694 Ende 1920. Davon befanden sich 18504 an Bord mit Einschluß der Funkstellen auf den Kriegsschiffen. 1921 sind 1127 Funkstellen hinzugekommen. Für den allgemeinen Verkehr geöffnet waren 12 377, für den beschränkten öffentlichen 195, ausschließlich für den amtlichen Verkehr 1011, für den Privatverkehr 496, für besonderen 114. Richtungsfunkenstellen wurden 90 gezählt. Bei 448 Funkstellen war die Art ihres Verkehrs nicht angegeben.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin

Reynes über die Reparationen

Der englische Volkswirtschaftler Professor Reynes hat sich am Tage nach der großen Rede Lloyd Georges im englischen Unterhaus in einem Vortrage in Oxford mit dem Reparationsproblem beschäftigt. Er hat den Extrakt seines Vortrages dem „Berliner Tageblatt“ zur Verfügung gestellt. Wir entnehmen das nachfolgende aus den bedeutungsvollen Darlegungen Reynes. Nachdem er den Vorschlag Poincarés an die gegenwärtige Londoner Konferenz als unzulänglich nachgewiesen, führte er aus:

Ich persönlich glaube nicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen irgendetwas anderes geschehen kann als die Bewilligung eines Moratoriums. Es ist ausgeschlossen, daß irgendeine Riffer, die niedrig genug wäre, um dem Kredit Deutschlands gegenwärtig etwas zu nützen, für Herrn Poincaré annehmbar sein könnte, in wie mahvoller Stimmung er auch nach London kommen mag. Abgesehen davon kann im Augenblick wirklich niemand sagen, wieviel Deutschland auf die Dauer wird zahlen können.

Begnügen wir uns daher vorläufig mit einem Moratorium und verschoben wir die Besprechung einer endgültigen Regelung auf nächstes Jahr. Im nächsten Jahre müßte dann nach geeigneter Vorbereitung eine große Konferenz über das ganze viel verschlungene Problem der zwischenstaatlichen Verbindlichkeiten stattfinden, an der Vertreter der Vereinigten Staaten teilzunehmen hätten und die vielleicht in Washington abgehalten wäre.

Die Schwierigkeiten, die sich jeder sofortigen Regelung in den Weg stellen, sind so offenbar, daß man sich wundern muß, wie jemand dafür sein kann, den Versuch zu machen. Die Erklärung liegt in der populären Illusion, mit der die Welt sich jetzt zu täuschen liebt — der internationalen Anleihe. Man glaubt, daß, wenn die Verpflichtung Deutschlands jetzt ein für allemal festgelegt werden könnte, die „Bankiers“ ihm eine große Summe Geldes borgen würden, mit der es seine Verpflichtungen vorweg bezahlen und die Ansprüche Frankreichs befriedigen könnte. Meiner Meinung nach ist die internationale Anleihe großen Maßstabs ebenso eine große Illusion wie die Reparation großen Maßstabs. Sie wird nicht kommen. Sie kann nicht kommen, und es würde eine sehr verhängnisvolle Verwirrung eintreten, wenn sie käme. Der Gedanke, daß die übrige Welt Deutschland, zur Weitergabe an Frankreich, etwa 100 Prozent ihrer künftigen Erparnisse — denn darauf läuft es hinaus — borgen würde, ist über die Massen unsinnig, und je früher wir uns darüber klar werden, um so besser. Es ist mir nicht ganz klar, wie sich das Publikum die Höhe der Anleihe eigentümlich vorstellt. Aber ich glaube, die gemeinhin genannten Summen schwanken zwischen 250 und 500 Millionen Pfund Sterling. Die Annahme, daß eine Regierung in der Welt oder alle Regierungen in der Welt zusammen, von dem bankrotten Deutschland abgesehen, in der jetzigen Zeit die Summe eines neuen Geldes (das heißt für andere Zwecke als zur Amortisierung oder Einlösung bestehender Verpflichtungen) von Anleihegebern an den Börsen der Welt aufbringen könnte, ist lächerlich. Die höchste Riffer, die ich von vertrauenswürdiger sachmännlicher Seite habe nennen hören, ist 100 Millionen Pfund Sterling. Ich persönlich halte auch diese Summe für viel zu hoch. Sie könnte nur erreicht werden, wenn Zeichnungen aus besonderen Quellen, zum Beispiel aus den deutschen Kapitalen im Auslande oder von Seiten der Deutschamerikaner, den größeren Teil davon zu beschaffen hätten. Dies würde aber nur der Fall sein, wenn die Anleihe Teil einer Regelung bildete, die von großem und offensichtbarem Vorteil für Deutschland wäre. Eine Anleihe für Deutschland, die sich auf Deutschlands eigenen Kredit gründet, mit einem Zinsfuß von etwa 8 bis 10 Prozent würde meiner Meinung nach kein ausverkauft Geschäft für Kapitalisten irgendwo in der Welt, außer in sehr unbedeutendem Maßstabe, darstellen. Ich will nicht sagen, daß nicht eine größere Vorfinanzierung anderen Charakters möglich wäre, zum Beispiel eine solche, die in den allerersten Ländern unter der Garantie der alliierten Regierungen auszugeben würde, wobei der Erlös in jedem dieser Länder der garantierenden Regierung ausgedrückt würde, so daß kein wirkliches Geld fortginge. Aber von einer derartigen Anleihe ist gegenwärtig nicht die Rede.

Eine Anleihe von 50 bis 100 Millionen Pfund aber — und ich wiederhole, daß selbst diese Riffer sehr optimistisch ist, es müßte sich denn um das Ergebnis einer Vereinbarung handeln, die den aktiven Zutritt von Deutschen mit Mitteln im Auslande und von Ausländern deutschen Ursprungs und deutschfreundlicher Gesinnung erwidern würde — würde lediglich die deutschen Verpflichtungen aus dem Londoner Zahlungsplan auf vier bis sechs Monate hinaus und die zeitweilig herabgesetzten Beträge nach der Märzabmachung die zeitweilig mehr als ein Jahr hinaus decken. Und von einer solchen Anleihe würde, wenn das belgische Vorrat befristigt und die Belastungskosten abgedeckt sind, keine irgendwie erhebliche Summe für Frankreich übrig bleiben.

Ich sehe daher keine Möglichkeit, in der unmittelbaren Zukunft zu einer endgültigen Abmachung mit Herrn Poincaré zu kommen. Er hat jetzt den Punkt erreicht, daß er sich bereit erklärt, im Austausch für ein enormes „Zinsgeld“ bestimmte Worte zu reden. Und das ist schon ein Fortschritt. Da aber niemand in der Lage ist, ihm dieses Geld anzubieten, ist der Fortschritt nicht groß, und da die Macht der Ereignisse ihn zwingen wird, früher oder später verbindliche Worte zu reden, selbst ohne Zinsgeld, so ist seine Position bei dem Dandel nicht stark. In der Zwischenzeit ist er in der Lage, Verwirrung anzuküpfen. Gelingt dies, so ist nichts dagegen zu machen. Aber es wird ihm nichts helfen und kann sogar nur dazu beitragen, den unvermeidlichen Tag der Enttäuschung näher heranzubringen. Ich darf hinzufügen, daß die Zustimmung zu einem kurzen Moratorium für Frankreich kein großes Opfer darstellt, da wegen des belgischen Vorrates und anderer Punkte der Vordruck auf den Frankreich in naher Zukunft Anspruch hat, selbst wenn die im März festgesetzten Zahlungen voll geleistet werden, kaum unbedeutend ist.

Die richtige Lösung, die Lösung, zu der wir schließlich kommen müssen, ist nicht verwickelt. Wir müssen den Anspruch auf Pensionen fallen lassen und der Befragung der Rheinlande ein Ende machen. Die Reparationskommission muß aufgefordert werden, ihre Schuldenfestlegung in zwei Teile zu zerlegen — von denen der eine die Pensionen und Teile der Unterhaltungen, der andere Teil das übrige umfaßt. Wird dann der erste Teil fallen gelassen, so würde sich der Frankreich ankommende Anteil entsprechend vergrößern. Würde Frankreich damit einverstanden sein, was in jedem Falle in seinem Interesse liegt, und der Befragung ein Ende machen, so würde es richtig sein, daß wir Frankreich (und unseren anderen Verbündeten) alles, was sie uns schulden, erlassen und ein Vorrat auf alle Eingänge zugunsten der ver-

walteten Gebiete aussetzen. Wenn wir durch diese Opfer eine wirkliche Regelung erreichen können, so sollten wir diese Opfer meiner Meinung nach ohne jede Rücksicht auf das, was die Vereinigten Staaten sagen oder tun mögen, bringen.

Wer hilft der Rachejustiz?

In einem bluttriefenden Leitartikel „Tod den Verrätern!“ hat die „Rote Fahne“ am Sonnabend im Namen des „Massenbewußten revolutionären Proletariats“ die Köpfe der russischen Sozialrevolutionäre gefordert. Wohl wissend, daß dieser bluttriefende Schrei die Empörung der denkenden sozialistischen Arbeiter auslösen würde, hat die „Rote Fahne“ gleich die Gegenwirkungen zu entkräften versucht. Sich der U.S.P.D. zuwendend, schrieb das Blatt, das täglich den Namen Rosa Luxemburgs schändet, diesen klassischen Satz:

„Die U.S.P.D. soll sich hüten, vor die deutsche Arbeiterschaft mit dem Geheul über „Rachejustiz“ zu treten, weil die deutsche Arbeiterschaft sie fragen wird, was sie gegen die bürgerliche Rachejustiz in Deutschland unternommen hat.“

Die U.S.P.D. hat also nichts gegen die bürgerliche Rachejustiz unternommen. Deshalb soll sie an den „Frager“ gestellt werden, wenn sie nicht mit an das Schaffott taugt, das die Moskauer Machthaber für die russischen Sozialrevolutionäre aufzudenken gedenken. Was ist die Wahrheit? Die U.S.P.D. hat seit dem 8. November sich andauernd der politischen Gefangenen angenommen. In der Presse, in Versammlungen, in öffentlichen Kundgebungen, in den Parlamenten der Einzländer und im Reichstag hat sie ununterbrochen für die Freilassung der Opfer der bürgerlichen Rachejustiz sich bemüht. Das gleiche hat sie getan, als es galt, die armen verführten Opfer des wahnsinnigen Märzputsches, der gegen den Willen der deutschen Arbeiter heraufbeschworen und mit 25 Millionen Mark aus dem Vermögen des hungernden russischen Volkes finanziert wurde, aus den Klauen der Justiz zu befreien. Soweit von diesen Opfern heute wieder ein großer Teil in Freiheit atmet — und das sind immerhin mehrere Hundert — haben diese Proletarier ihre Freiheit in erster Linie dem Willen der U.S.P.D., zu danken, im Hinblick sowohl wie im Plenum, ihre Stimme für die Befreiung der kommunistischen Opfer erhoben haben. Tugend kommunistischer Arbeiter, die sich schwere Strafen zugezogen hatten, verdanken ihre Freiheit der direkten Fürsprache unserer Genossen im preussischen Abgeordnetenhaus, die ruhig und sachlich, unter Vermeidung des kommunistischen Getöse, sich des Schicksals der Gefangenen angenommen hatten und das erreichten, was den Kommunisten, die niemand ernst nahm, verweigert blieb. All die Arbeiter sind uns heute noch dankbar. Was haben demgegenüber die Kommunisten getan für jene Arbeiter, deren Leid sie ihnen selber bereitet hatten? Sie haben in den Parlamenten wilde Schimpfreden gehalten, haben durch einen Phrasenschwall ohnegleich den Sitzungssaal leergedredet, selbst ihre eigenen Parteigänger hinausgedrückt und sie haben schließlich durch eine Verherrlichung des russischen Terrors, die sie sich, taftvoll wie sie nun einmal sind, auch bei dieser Gelegenheit nicht verweigern konnten, die bürgerlichen Parteien zum Widerstand gegen eine allgemeine Amnestie geradezu herausgefordert. Wenn heute noch immer Hunderte Proletarier in den Gefängnissen schmachten, so haben sie ihr Los in der Hauptsache der „hervorragenden“ Taktik der kommunistischen Partei zu danken. Wenn Hunderte befreit werden konnten und durch die jetzige Amnestie wiederum Hunderte freikommen werden, so ist das dem gütigen, sachlichen Mäßen der beiden sozialistischen Parteien zu danken.

Das ist die Wahrheit über das Schicksal der Opfer der bürgerlichen Rachejustiz. Von den kommunistischen Führern zum mindesten mit in ihr Elend hineingekochten, haben ihnen diese kommunistischen Führer den Weg zu ihrer Befreiung nicht geöffnet, sie haben ihn vielmehr durch eine Taktik des Rabaus, durch die Verherrlichung des blutigen Terrors geradezu versperrt. Die Kommunisten sind also die wirklichen Helfer der bürgerlichen Rachejustiz. Das sollen die Gefangenen und ihre Angehörigen endlich wissen.

Die Amnestiegesetze ein Hohn auf die Arbeiter

(Z.A.) Die „Rote Fahne“ muß melden, daß auf Grund der neuen Amnestiegesetze auch der wegen des Märzputsches 1921 an lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Uhlmann-Kempin amnestiert worden ist. Sie beargwöhnt diesen „tapfersten revolutionären Kämpfer“. Die Dementistat wird nicht vergessen haben, daß als Uhlmann-Kempin im Zuchthaus saß, die Kommunisten ihn im Plenum und im Untersuchungsausschuß als Politagenten und Vokspitel hingestellt haben.

Ein dummer Trick

Wir haben in unserer Nummer von vorgestern festgestellt, wie entschieden und energisch die Angeklagten im Moskauer Prozeß die Politik der Pariser „Zentrale“ verurteilen. Dabei haben wir uns auf die russischen Genossen von der sozialdemokratischen Partei berufen. Einem normalen Menschen müßte es ganz klar sein, warum die Angeklagten selbst im Gerichtsgebäude, unter drohenden politischen Drohungen, nicht die politischen Erklärungen abgeben und politische Schritte unternehmen, die sie sonst für notwendig halten.

Die „Rote Fahne“ allein, wie wir auch vorausgesehen haben, hat dafür kein Verständnis. Sie kann nur die Haltung à la Brandler begreifen. Dafür hat sie nun schließlich das Mittel gefaßt, woran die russischen Sozialdemokraten gegen ein Bluturteil im Moskauer Prozeß mit solcher Energie kämpfen.

Es war ein enges Bündnis zwischen den beiden Zentralkomitees abgeschlossen worden. Das Protokoll über diesen „Vertrag“, der vor der Konferenz der drei Internationalen in Berlin geschlossen wurde, befindet sich in den Händen unserer Genossen. Wir verstehen es daher, daß die Brüder von gestern die Verräter von heute retten wollen.

Natürlich ist die ganze Sache mit dem „Bündnis“ und dem „Vertrag“ eine faulstüchtige Affäre. Einen solchen hat es nie gegeben. Es handelt sich dabei um einen Trick, der in die Hände der Moskauer Polizei geraten ist; in diesem Brief wird berichtet über eine

gemeinsame Berliner Besprechung der Frage, welche Rolle der in Moskau damals angekündigte Prozeß auf der Konferenz der drei Internationalen spielen sollte. Sollten derartige Besprechungen und Unterredungen als „Bündnis“ und „Vertrag“ bezeichnet werden, so sind daran die besten Elemente der 3. Internationale, wie Franco oder Barbus, sicherlich ebenso schuld, wie die russischen Sozialdemokraten!

Sehr richtig!

Die „Tägliche Rundschau“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Verfassungsfeier am 11. August unter der Überschrift: Sedan-Erfahr. Wir lesen da u. a.:

„Und dann aus Ders! Was ist der 11. August, was die Weimarer Verfassung dem innersten Volksempfinden! . . . Ueber 90 v. H. wissen nicht, daß sie vom 11. August datiert, und an einem solchen Datum, das der erdrückenden Mehrheit des Volkes auch nicht das geringste zu sagen hat, will man nun durch rohem mechanische Abstimmung im Parlament nationale Festschritte erzwingen? Begelung und Liebe lassen sich durch Befehle niemals schaffen, höchstens vortäuschen, und wenn sich dann der Ehrenkelde im innersten Herzen über den Befehl lustig macht, ist das dann Wahl der Sache selbst dienlich?“

Wir vermerken diese dämmernde Erkenntnis mit Genugtuern. Widerspricht sie doch dem gaaen kaiserlich-militaristischen System, für das die „Tägliche Rundschau“ sich bisher immer noch einsetzte. Vielleicht mißt sie mit ihrer neuen Erkenntnis auch einmal die Volkshoheude. Sie würde dann nicht nur zur Ablehnung der Kaiser-Geburtsstags- und ähnlicher Feiern kommen . . .

Abgelehnter Regierungspräsidentenposten

Der zum Regierungspräsidenten in Stettin in Aussicht genommene Oberregierungsrat Moritz in Magdeburg, ein Volksparteiler, hat, wie die V. P. N. hören, die Annahme des ihm angetragenen Amtes aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. In der Ablehnung dürfte beigetragen haben, daß es bei den Verhältnissen 7890 — U.S.P.D. — K.P.D. geht. In der Ablehnung dürfte beigetragen haben, daß es bei den Verhältnissen in Pommern auch für einen Volksparteiler nicht leicht ist, mit dem ganz rechts gerichteten Selbstverwaltungsförvern zusammen zu wirken.

Meuterei im Brandenburger Zuchthaus

(Z.A.) Brandenburg, 8. August. Im hiesigen Zuchthaus meuterten gestern acht Zuchthändler, die die Aufsicht überwältigten und wehrlos machten. Die Meuterer konnten das Zuchthaus verlassen, wurden aber sofort verfolgt. Sechs von ihnen konnten wieder eingekerkert werden, einer wurde erschossen, während es einem gelang, zu entfliehen. Der Vorfall ereignete sich in demselben Zuchthaus, wo im Jahre 1920 150 Zuchthändler meuterten und ausbrachen.

Tschischewins Einheitsfront

(Z.A.) Berlin, 8. August. Der zurzeit hier weilende russische Volkskommissar des Aeußeren, Herr Georg Tschischewin, hatte zu heute nachmittag an die hiesigen Zeitungen und Nachrichtenbüros sowie an die Berliner Vertreter der ausländischen, insbesondere der englischen und amerikanischen Presse Einladungen zum Tee in dem Gebäude der Postfach unter den Linden ergehen lassen.

Neuchelpolitik der Faschisten

(Z.P.) Mailand, 8. August. In der Provinz Livorno haben sich verschiedene sozialistische Sektionen aus Furcht vor faschistischen Ueberfällen aufgelöst und ihre roten Fahnen den Behörden übergeben. In mehreren Orten verweigerten die Faschisten die Arbeitsklammern und zwangen die sozialistischen Bürgermeister zum Rücktritt. Der Vizepräsident des Bauarbeiterverbandes wurde von einem Unbekannten menschnag erschossen, weil er sich gegen den Faschismus ausgesprochen hatte. Der Ordnungsdienst in der Provinz Grosseto ist infolge der Ansammlungen zahlreicher Faschisten den Militärbehörden überiragen worden.

(Z.P.) Rom, 8. August. Wie die „Epoca“ aus Mailand meldet, hat der geheime Aktionsausschuß der Faschisten 73 der bekanntesten Organisations- und Führer der sozialistischen Bewegung von Mailand auf die Liste der zu vernichtenden Gegner gesetzt. Unter diesen befinden sich auch die Abgeordneten Turati und Treves.

Die gesetzliche Regelung der Feiertage. Die vielfachen Unzuträglichkeiten, die daraus entstehen, daß die einzelnen Länder gewisse Feiertage, wie z. B. den Bußtag usw. nach ihrem Gutdünken festsetzen, haben die Reichsregierung veranlaßt, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der die Frage der Feiertage im Reich eigentlich regelt. Der Entwurf liegt zurzeit dem Reichsrat vor. Auch er sieht den 11. August als Verfassungsfeiertag vor und außerdem noch einen Gedenktag für die Kriegsoffer, der jeweils der sechste Sonntag vor Oftern sein soll. Da die Frage der Feiertage des 11. August noch nicht gesetzlich geregelt ist, und vorläufig nur ein Initiativantrag der Koalitionsparteien vorliegt, sollen die Feiern am kommenden Freitag den bereits angegebenen Rahmen nicht überschreiten.

Dauerndes Zeitungsverbot. Die Besatzungsbehörde hat das in Offen erscheinende Wochenblatt „Das freie Wort“ für die Brückenköpfe Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort dauernd verboten.

In dem Verbot der sommerlichen Zeitungen. Von den vier Zeitungen, die bisher in Pommern auf vier Wochen verboten worden sind, haben zwei, darunter das „Greifswalder Tageblatt“, die Genehmigung erhalten, bereits in 14 Tagen wieder zu erscheinen, weil sie eine Erklärung abgegeben haben, daß sie in Zukunft nicht mehr gegen das Reichsgesetz zum Schutze der Republik verstoßen wollen. Die beiden anderen Zeitungen haben eine derartige Erklärung nicht abgegeben.

Verbot von Zeitungen. Die „Mitteldeutsche Presse“ und das „Stahlfurter Tageblatt“ sind auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 8. bis 18. August, also auf die Dauer von zehn Tagen, verboten worden. Den Grund zu dem Verbot bildet, wie die V.P.N. hören, eine „Mauerei“, in der der Mord an Rathenau ausdrücklich gebilligt und die republikanische Verfassung verpörrt wurde.

40 Millionen Kronen akkostet. In der Montagnacht wurde das Kassenlot der Alpen Montanarbeitschaft erschossen und 42 Millionen Kronen akkostet. Die Täter sind spurlos verschwunden.

Groß-Berlin

Teuerungsmassnahmen für Militärentner

Durch das Gesetz über Teuerungsmassnahmen für Militärentner vom 21. Juli d. J. das an die Stelle der bisherigen Verwaltungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers tritt, sind die Teuerungszuschüsse für Kriegsschädigte, Kriegshinterbliebene und Altrentner mit Wirkung vom 1. August d. J. erhöht worden. Sie betragen monatlich für einen d. J. Erhöhten mit einer Minderanz der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 500 M., für einen Schwerbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. 750 M., für eine erwerbsunfähige Witwe 500 M., für eine verwitwete Baie 250 M., für eine elterliche Baie oder einen Elternteil 300 M., für ein Elternpaar 500 M., Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Hausgeldes und Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe erhalten 450 M. Schwerbeschädigte und Haushaltsempfänger werden, wenn sie für Kinder sorgen, für jedes Kind ein Zuschuss von 200 M. gewährt. Bei Uebersteigerung der im Gesetz vorgezeichneten Einkommensgrenze, die nach dem 1. August des einem Versorgungsberechtigten zuteilgehenden Teuerungszuschusses zu berechnen ist, wird der Teuerungszuschuss nur zum halben Betrage gewährt, bei einem Einkommen, welches das 2 1/2-fache dieser Sätze erreicht, kommt der Teuerungszuschuss in Wegfall.

In den Dristklassen B und C verringern sich diese Einkommensgrenzen um 10, in den Dristklassen D und E um 20 v. H. Schwerbeschädigte, die nur auf die Rente angewiesen sind, erhalten 1000 M., erwerbsunfähige Witwen unter den gleichen Voraussetzungen 700 M. Mütter, die sich beim Uebersteigen einer Einkommensgrenze darans ergehen, daß die Einkommensmehrung geringer ist als der in Wegfall kommende halbe Teuerungszuschuss, werden ausgeglichen. Auch Leichtbeschädigte und erwerbsfähige Mütter können die Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigenen Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgebehörde eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht ausüben können.

Die Teuerungszuschüsse werden durch die Fürsorgebehörde ausbezahlt. Die Erhöhung der Teuerungszuschüsse nach § 87 A. S. G. für das Sterbegeld auf 200 v. H. für die Pflegezulage und für die dem Blinden zuteilgehenden Unterhaltskosten für den Führerhund auf 25 v. H. haben die Versorgungsämter anzuzuwenden.

Die Staffelung des städtischen Schulgeldes

Der Berliner Magistrat hat die von einer sozialistischen Mehrheit in der Kommission der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern bereits in Kraft gesetzt.

Nach dem vom Magistrat jetzt veröffentlichten Grundrissen beträgt das Schulgeld an den städtischen höheren Schulen 1000 M., an den Realschulen und Mittelschulen 600 M. jährlich. Den Eltern, deren steuerpflichtiges Jahreseinkommen im Jahre 1921 den Betrag von 20000 M. nicht übersteigt, wird das Schulgeld erlassen. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von über 20000 M., aber unter 30000 M. wird das Schulgeld ermäßigt, sobald mehr als ein Kind eine höhere städtische Schule oder städtische Mittelschule besucht. Die Ermäßigung beträgt: für das zweite Kind 1/2 des Schulgeldes, für das dritte Kind 1/3, für das vierte Schulkind 1/4, für weitere Kinder 1/5 des Schulgeldes. Bei höherem Einkommen wird das Schulgeld nicht ermäßigt. Zugrunde gelegt wird die Veranlagung zur Einkommensteuer des Jahres 1921, berechnet für das volle Steuerjahr.

Das Schulgeld wird nur auf Antrag der Eltern oder Erziehungsberechtigten ermäßigt oder erlassen. Der Antrag auf Erlass des Schulgeldes muß die Erklärung enthalten, daß das steuerpflichtige Einkommen des vollen Jahres 1921 20000 M. nicht übersteigt, und daß das zuzüh-

dige Finanzamt ermächtigt wird, der Schulverwaltung Auskunft über die Höhe der Veranlagung des Antragstellers zu geben. Dasselbe gilt für Anträge auf Ermäßigung des Schulgeldes; hierin muß noch erklärt werden, daß das steuerpflichtige Einkommen des vollen Jahres 21 den Betrag von 30000 M. nicht übersteigt. Der Antrag muß ferner die einzelnen Schulinder genau bezeichnen.

An besonderen Fällen kann auf Antrag eine weitergehende Ermäßigung des Schulgeldes im Dezernatswege stattfinden. Für auswärtige Schulinder erhöht sich das Schulgeld um 20 Prozent. Die zurzeit bestehenden Schulgeldbefreiungen und Schulgeldermäßigungen bleiben für die Dauer ihrer Verleihung bestehen. Ueber den Umfang der Erlasse und Ermäßigungen soll die Schulverwaltung dem Magistrat bis zum 1. November d. J. berichten.

Das Mieterschutzgesetz kommt!

Das heißt: das sogenannte. Wenn es nämlich so bleiben sollte, wie es ist, werden an ihm die Mieter keine Freude haben. Das ist um so verwunderlicher, als Vertreter des Mieterbundes (Sitz Dresden) an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet und seine gegenwärtige Fassung ausgeheckt haben.

Ganz besonders bedenklich erscheint die gesetzliche Bestimmung, nach der dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses durch Spruch des ordentlichen Gerichtes nicht mehr angedroht werden kann, wenn er durch den Mieter oder durch eine zu dessen Haushalt oder Geschäftsbetrieb gehörige Person „erheblich belästigt“ wird. Wo ist die Grenze? Welcher grobe Mißbrauch kann da mit dem Begriff „Belästigung“ getrieben werden. Gewiss kommen heutzutage seitens der Mieter mancherlei Auswüchse vor, die auch die anderen, ordnungsgemäßen Hausbewohner schädigen. Wenn da alle Wohnungen nichts helfen, ist ein strengeres Vorgehen ganz angebracht. Das darf aber nicht dazu führen, daß unheimlich empfundene Mieter mit Hilfe aller möglichen Uebertriebungen und Schwindeln aus der Wohnung gedrängt werden. Man darf nicht vergessen, daß heute in den Wohnhäusern durch die seit Jahren erzwungene Selbsthaftigkeit eine ungeheure Menge ausgebeutet ist, die sich sehr leicht bei allen bereiteten Seiten Luft machen wird in dem Sinne, einen unheimlichen Hausgenossen loszuwerden. Gerade in solchen von Klatsch und Tratsch umwobenen Dingen kann nicht leicht und vorläufig genug verfahren werden. Dazu reichen aber die im Entwurf vorgeschlagenen Ausdrücke „belästigen“, „schädigen“ und ähnliche nicht aus. Die Auffassung der Richter über die Anwendung solcher Allgemeinplätze würde eine sehr verschiedene sein. Auch bei Gerichtsverhandlungen ist immer noch dem einen eine Gule, was dem anderen eine Nachtigall erscheint. Schließlich fehlt doch bei einer verhängnisvollen Mängelklage gerade angesichts der sich stetig verschlimmernden Wohnungsnot zwei auf dem Spiel.

Es muß andere Mittel geben, um solche Mieter, die in bester Absicht den Frieden eines ganzen Hauses oder einzelner Mieter stören, zur Ordnung und Ruhe zu zwingen. Solche gesetzlichen Mittel, das ordentliche Gericht anrufen, hat es schon weit vor der Wohnraumreform gegeben. Sie sind noch heute leicht anwendbar und bedürfen nur einer Verschärfung. Jedenfalls ist der Belästigungsparagraph in seiner gegenwärtigen Fassung unannehmbar.

„Frisches Schabefleisch.“

Als eine Folge der augenblicklich hohen Fleischpreise muß eine höchst gesundheitsschädliche Methode, Fleisch zu konservieren, angewendet werden, die schon vor Jahren einmal Gegenstand eines heftigen Kampfes der Gesundheitspolizei gegen Nahrungsmittelhändler gebildet hat. Angeklagt wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz gleich war die Frau Schlächtermeister Dix aus Steglitz. In dem Geschäft der Angeklagten waren wiederholt von Schabefleisch Proben entnommen worden, die, wie eine chemische Untersuchung durch den Polizeichemiker Dr. Prause ergab, erhebliche Mengen des sogenannten Präservens enthielten. Dieses Salz, das in der Hauptsache aus unter-schwefelhaftsaurem Natrium besteht, hat nach Ansicht des Ge-

sundheitsamtes die Eigenschaft, dem damit behandelten Fleisch die schöne rote Farbe des frischen Fleisches zu erhalten, während in Wirklichkeit schon bestimmte Zersetzungsprozesse der Eiweißkörper der Fleischsubstanz stattgefunden haben, so daß die Möglichkeit einer Fleischvergiftung trotz des scheinbar frischen Fleisches vorliegt. Der Zusatz dieses Präservensalzes ist deshalb gesetzlich verboten. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß auf eine Geldstrafe von 1000 Mark.

Die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 31. Juli bis 5. August 1922.

Gegenüber der Vorwoche ist im allgemeinen keine wesentliche Veränderung in der Lage des Arbeitsmarktes eingetreten. Die Witterungsverhältnisse beeinflussten weiterhin ungünstig die Vermittlungsergebnisse. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist merklich gesunken, während bei den Erwerbslosen-Unterstützungsempfängern sich ein kleiner Rückgang bemerkbar machte. Es waren insgesamt 3816 unterstützte Erwerbslose gegenüber 4016 in der Vorwoche vorhanden; darunter befanden sich 2556 (2675) männliche und 1260 (1341) weibliche Personen.

Tarifserhöhung bei der Hochbahn-Gesellschaft. Vom Donnerstag, dem 10. August, ab werden folgende Fahrpreise erhoben: bis zum 5. Bahnhof in 2. Klasse 3 M., in 2. Klasse 4 M., darüber hinaus in 2. Klasse 4 M., in 2. Klasse 5 M. Für Fahrten nach und von Dahlem ist, wie bisher, ein besonderer Zuschlag von 1 M. zu zahlen.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Wegen Bauarbeiten der Nordbahn in der Hermannstraße in Neukölln werden ab Mittwoch, dem 9. d. M., bis auf weiteres in beiden Richtungen die Linien 21, 28, 29, 55 und 58 über Berliner Straße, Bergstraße, Niebnerstraße, Hermannstraße (auf dem Rückwege über Steinwegstraße) umgeleitet und die Linie 31 über Berliner Straße und Bergstraße bis zum Kinabahnhof Neukölln geführt. — Gleichfalls werden aus denselben Anlaß in der Belle-Alliance-Straße ab Mittwoch, dem 9. d. M., für mehrere Nächte von 11 Uhr nachts ab in beiden Richtungen die Linien 31 und 105 anstatt über Blücherstraße und Belle-Alliance-Straße durch die Gneisenaustraße verkehren und die Linien 49, 70, 73, 82, 99, 114 und 161 anstatt durch die Belle-Alliance-Straße über Pfarrerstraße und Gneisenaustraße umgeleitet.

Gesangsunterricht für Jugendliche. Am Montag, den 14. August beginnt ein neuer Gesangsunterricht des Jugendchors vom Berliner Schubert-Chor, welcher nach der Gesangsreform des Prof. Roseborn v. Argutis ausgebildet wird, welchen Leistungen der Jugendchor gewachsen ist, hat ein die Presse vor kurzer Zeit veröffentlichter Artikel den Leiern vor Augen geführt. — Im Interesse der schönen Sache und Ausbildung von guten Sängern werden die songstrebenden Eltern gebeten, ihre Kinder im Alter von 9 Jahren an dem Jugendchor des Berliner Schubert-Chors, Roseborn v. Argutis anzuführen. — Übungsstunde Montags von 6 bis 7 1/2 Uhr abends in der Schulaula der Berner Siemensrealschule, Poststraße 22.

Taschendiebstahl. Am Montag zwischen 4-5 Uhr wurde unserem Genossen Jubel in einer Straßenbahn der Linie 116 zwischen Behrenstraße und Treptow eine goldene Uhr mit unechter Kette und Medaillon entwendet. Der Vorderdeckel der Uhr trägt ein Monogramm F. J., die Innenseite des hinteren Deckels trägt die Widmung: „Zum 60. Geburtstag der Funktionäre des Kreises Teltow-Beeskow.“ Vor Anlauf wird gewarnt. Eventuelle Mitteilungen nimmt die Redaktion der „Freiheit“, Ritterstr. 75 entgegen. Belohnung zugesichert.

Angeschwemmte Leiche. Von den beiden jungen Leuten, die am Donnerstag in der Obersee bei Treptow ertrunken sind; ist am Sonntag die Leiche des 17-jährigen Lawentals aus der Wagnerstraße 27 in Lichtenberg an der Dampfheizstation vor dem Strichhaus Anape angeschwemmt und durch die Polizei geborgen worden. Die Leiche des zweiten Ertrunkenen wurde noch nicht gefunden.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(14. Fortsetzung.)

Der Pfarrer plazierte seinen Krebskorb nun zu sicherem Fang.

„Das heißt,“ sagte er — „in einem Fall —“

Der Klar lag die Sache am Herzen, der alte Krafft hatte sie aufgeklärt, wie wichtig es für später wäre, wenn der Philipp Vatein lernen könnte.

Sie hielt inne und drehte sich um.

„Was wäre das für ein Fall?“ fragte sie.

Aber nun war dem Pfarrer die Frage zu gerade. Sie durfte nicht so gerade beantwortet werden.

„Warum haben Sie Ihren Buben zum Krafft in die Schule getan?“

Die Klar war nun gereizt, weil sie merkte, daß sie hingehalten werden sollte, und es schoß ihr heraus:

„Weil er was lernen soll, und bei den dreigestrehten Schulmeistern in der Volksschule nie lernen tät.“

„So —“ es war ein langgedehnter Ton, der grunzend klang.

„Wenn Sie ihn aber gleich nach Mainz täten?“

„Es wird mich später noch genug kosten — und was ich jetzt noch sparen kann, das will ich sparen.“

„Ins Konvik! Das könnte fast frei besorgt werden.“

Die Klar horchte auf.

„Leichter könnte sie's doch nicht haben, Klar. Sie hat nur Wäsche, Bettwäsche, Kleider zu stellen. Es findet sich immer jemand, der etwas beisteuert.“

Der Klar leuchteten die Augen. Sie wollte schon mit beiden Händen zugreifen, — da fiel ihr der Krafft ein.

„Nur nicht den Buben binden für später,“ hatte er gesagt. Verpflichtungen, von denen man nicht weiß, ob man sie später halten kann, die sind nicht gut, und hält man sie dennoch, so tut das auch selten gut.“

So etwas von dem, was er ihr gesagt hatte, war ihr im Gedächtnis geblieben. Sie wußte ganz genau, was gemeint war, wenn sie auch die Worte vergessen hatte. Also hieß es jetzt Vorsicht.

„Und dann vom Konvik aus — was dann?“ fragte sie.

„Dann müßte er ins Seminar.“

„Und wenn er nicht wollte?“

Der Pfarrer machte die Frage heiß. Sollte er sie kurz und klar beantworten, sollte er um sie herumgehen? Sein Krebskorb saß nicht fest genug auf dem Grund auf.

„Das müßte er wohl.“

„Aber wenn er nicht wollte, einfach nicht?“

Der Krebskorb hatte seinen beschwerenden Stein verloren und schwamm. Es war nichts mit dem Fang, der Pfarrer spürte das. Also keine Umstände.

„Er müßte sich verpflichten — oder dann die Kosten zurückzahlen.“

„Proste Mahlzeit. Da tät ich fein georgelt werden. Verpflichten, meinen Sie, binden für seinen Lebtag — gib's einfach nicht. Gib's nicht.“

„So können wir's also gar nicht ansagen.“

„Nein, fangen wir's mit an. Adje, Herr Pfarrer.“

Sie riß die Tür auf.

„Noch ein — wenn Sie ihn wieder aus der Krafft'schen Schule nehmen?“ rief der Pfarrer nach.

Aber nun war's der Klar deutlich, wo's hinausging. Sie durchschaute den Pfarrer ganz klar. Und die Galle lief ihr über.

„Händel,“ sagte sie, „mach ich mit dem Jud — da richt ich mich gleich ein, daß ich nit über's Ohr gehauen werd — aber Händel mit einem Pfaff machen, da wird man beschissen, so sicher wie zweimal zwei vier ist!“

Und damit schlug sie die Türe zu.

Sie ging nicht die Vordertüre aus dem Pfarrhause hinaus, sie ging durch den Hof und durch den Pfarrgarten, der in Prangen stand. Obstbaum an Obstbaum, Nebenspaltere und Nebenlauben, eine wilde, ungeordnete Heppigkeit. Am Zaun die Haselnußsträucher, und neben der Ausgangspforte hohe Sonnenblumen.

Der Garten vom Krafft fiel ihr ein. Hier reizte sie alles zur Verwüstung, hier ärgerte sie die äppige Fülle, dort verehrte sie den Sinn und die Ordnung. Schön war der Garten vom Krafft — und der hier war lauter Häßlicher. Nicht genug kriegen können.

Erst als sie durchs Feld ging, wurde ihr wieder frei zumute. Sie ging quer über den Acker, der an den Pfarrgarten stieß nach dem Feldweg, der ums Dorf führte. Dann ging sie die Lindenallee entlang, bis sie wieder an den ersten Häusern war. Aber an den Häusern begann sie sich. Sie ging nicht ins Dorf hinein. Sie konnte auch hinterherum, durchs Feld heimkommen. Und sie bog ins Feld hinein. Das hing schon an, still zu werden. Der Mittag nahte.

Eben stieg an der Eulenmühle hinten dicker, weißer Rauch auf. Der Eulenzug bog jetzt ins Tal hinein. Er kam aus der Pfalz. Und gleich darauf kam ihm ein anderer entgegen. Der schlüpfte bei der Eulenmühle wieder zwischen den Hügeln hinaus.

Da wurde ihr die Welt weit.

Sie warf die Arme in die Höhe und behaute sich. Dann schraf sie zusammen. Sie dachte daran, wenn der Krafft jetzt neben ihr gebe.

Das machte sie still.

Die Grillen zirpten im Alee, zwischen den Salmen kuppelten die grünen Heuschrecken, Schmetterlinge flogen zu den Blumen, wiegen sich, schlügen ein paar-mal mit den Flügeln und ruhten lange — die Bienen summten, eine Hummel stieß grob durch die Luft, so daß die Klar unwillkürlich den Kopf zurückwarf und mit den Händen wehrte — Ameisen und Käfer, schwarze mit biden Bäuchen, lange, schlanke, breite und grüngoldenglänzende liefen über den Weg. Die Vögel waren schon still.

Auch die Klar schritt still und sann vor sich hin.

Plötzlich blieb sie stehen und sah sich um, als sei sie eben erst wach geworden. Ihr Gesicht heiterte sich auf. Ein Zug pfliff. Es läutete elf.

Sie marschierte mit ihren großen Männerritten und pfliff sich eins dazu. Sie pfliff sich einen Militär-marsch und marschierte ihn im Takt, so fest wie ein gemessener Soldat.

Sie war froh. Und auch ein wenig stolz. Nein, nein, sie war sehr stolz. Keinen Teufel fürchtete sie, und mit der ganzen Welt nahm sie's auf.

(Fortsetzung folgt.)

Die Zerstörer der Einheitsfront

Die Zerstörer der proletarischen Kampffront SPD. und USPD. sprengen die Berliner Betriebsrätegeneralversammlung! So schote es am Dienstag früh in fetten Schlagzeilen von drei Spalten Breite aus der Berliner „Noten Fahne“. Und die ganze Titelseite des jetzt so kolossalen Papiers ist bedruckt mit Entrüstungsbeschreien und Kläfen gegen die Saboteure der Einheitsfront, die es verhindern, daß das Proletariat von unten auf die Einheitsfront bildet. Aber die „Saboteure der Einheitsfront“, gegen die sich der ganze, dem Einheitsfront-Gedanken entnommene Phrasenschwall richtet, sind nicht etwa die Kommunisten selber, das sind vielmehr die bösen SPD. und USPD.-Leute, die auf der nächsten Seite des gleichen Papiers wiederum beschimpft werden, weil sie ernsthaft gewillt sind, die Einheitsfront gegen den Willen der Kommunisten aufzurichten.

Was ist geschehen? Im Zentralrat der Berliner Betriebsräte wurde vor einiger Zeit der Beschluß gefaßt, in einer Generalversammlung ein Referat mit Korreferat über die wirtschaftliche Lage halten zu lassen. Eine starke Minderheit wandte sich gegen diesen Beschluß mit der Begründung, daß die Aussprache über ein solches Thema nicht zu den Aufgaben der Betriebsräte gehöre, vielmehr eine Angelegenheit der politischen Parteien sei; die Betriebsräte würden durch solche Aussprachen, die immer unfruchtbar verlaufen, nur an der Erfüllung ihrer dringlichsten wirtschaftlichen Aufgaben verhindert, und statt der so notwendigen Einheit komme lediglich

neuer Gabb und neue Zwietracht

in ihre Reihen.

Am letzten Dienstag wurde die Versammlung trotzdem abgehalten. Da ein Korreferent nicht erschienen war, hielt Remmele (USPD.) allein sein Referat. Es kam zu einer Geschäftsordnungsdebatte, wobei der Kommunist Große den Antrag stellte, in einer neuen Versammlung den Prozeß der russischen Sozialrevolutionäre durch Referat und Korreferat zu behandeln. Der Antrag wurde angenommen. Von der SPD.-Fraktion erklärte nunmehr Bernhard Krüger, daß dieser Beschluß dem Statut der Betriebsräte widerspreche. Solange er bestünde, könne seine Fraktion an den Generalversammlungen der Betriebsräte nicht mehr teilnehmen. Genosse Schiemann schloß sich im Namen der USPD.-Fraktion dieser Erklärung an. Die USPD. und SPD.-Anhänger verließen darauf den Saal. Remmele mußte sein Schlusswort vor geleerten Bänken halten.

Es muß festgestellt werden, daß es den Kommunisten von vornherein auf eine Krise der Front ankam, nicht etwa auf politische oder wirtschaftliche Aufklärung der Betriebsräte. Die SPD. hatte zu diesem Zweck ihre gesamten Anhänger mobilisiert und sie vor der Versammlung über die einschlagende Taktik genau instruiert. Das Referat Remmele war das übliche kommunistische Kläwörterlein. Deutlich wurde er erst am Schluß, als er

die neueste Parole der Kommunisten

als großes und alleiniges Heilmittel anrief, nämlich — die sofortige Bildung von Aktionsausschüssen. Dafür sollten die Betriebsräte gewonnen werden. Zu diesem Zweck wurde von ihnen die Versammlung erzwungen.

Wir glauben, daß unsere Genossen richtig gehandelt haben, wenn sie unter den geschilderten Umständen die Versammlung verließen. Wenn die Betriebsräte zu keiner positiven Arbeit kommen, so ist das ausschließlich dem Verhalten der Kommunisten zuzuschreiben, die auch hier nicht sammeln und einen, sondern „entlarven“ und spalten wollen und zu diesem unglücklichen Zweck mit Absicht und Vorbedacht Konfliktstoff in die Betriebsräteversammlungen tragen.

Richtig ist die politische Haltung der „Noten Fahne“ zu diesem Vorgang. Nachdem die kommunistische Zentralleitung und der Parteitag Berlin-Brandenburg bewegte Klagen darüber geführt haben, daß die Parole der Einheitsfront auch von kommunistischen Anhängern sehr ernst aufgefaßt werde, und daß es gälte, gegen diese falsche Auffassung anzukämpfen, damit die Partei rein und unverfälscht erhalten bleibe — nachdem also die maßgebenden Instanzen der SPD. sich gegen die Verwirklichung der Einheitsfront entschieden und ihre Anhänger ausdrücklich gewarnt haben, die Parole ernst zu nehmen, schreibt jetzt die „Noten Fahne“:

„Die sozialen Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat verschärfen sich von Tag zu Tag. Gleichzeitig verschärfen sich aber auch die Gegensätze zwischen den einzelnen kampfschlüssigen Arbeitern, die zur Herstellung einer proletarischen Kampffront drängen, und den reformistischen Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die alle Mittel ausbieten, um das Zusammenkommen der proletarischen Einheitsfront zu verhindern, um das Proletariat machtlos und gebunden der Bourgeoisie auszuliefern. Wo sich bedrängt von wirtschaftlicher Not und monarchistischer Reaktion Arbeiter aller drei politischen Richtungen in ausführenden Körperschaften des gesamten Proletariats zusammenfinden, kamen die reformistischen Führer und zerklüftende die Einheit. Die Kontrollausschüsse in Rheinland-Westfalen und Thüringen wurden auf diese Weise gesprengt. Wo sich örtliche Gewerkschaftsverbände einig waren, und den Kampf verlannten, wurde von den zentralen Stellen das Gift der Zwietracht eingemischt und wieder Keile in die Körperschaften getrieben.“

Wahr ist, daß bei allen hier aufgeführten Punkten nicht die sozialistischen Parteien, sondern die Kommunisten als

die Zerstörer der Einheitsfront auftreten. Bezeichnend, aber zugleich auch tief beschämend ist es ferner, daß die kommunistischen Funktionäre in der Betriebsräteversammlung in Schallendes Gelächter ausbrachen, als unser Genosse Schiemann die Frage aufwarf, wie sie sich zu dem blutigen Artikel der „Noten Fahne“ verhielten, der im Namen des „Klassenbewußten Proletariats“

den Tod für die russischen Sozialrevolutionäre

fordert. Es wird mühsame Arbeit kosten, bis der durch die Moskauer „Erziehung“ in einen Teil der Arbeiterklasse hineingetragene Ungleich wieder ausgelöscht worden ist.

Zum Verbandstag der Eisenbahner

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben:

Der wichtigste Akt zur Verbandstagsarbeit ist die Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Diese Wahl ist vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf den 13. August festgesetzt und wird in der Zeit von 9-5 Uhr getätigt. Zur Wahl stehen insgesamt 18 Kollegen, von denen 9 Kollegen zu wählen sind. Die Wahlberechtigten sind zu je 9 Kandidaten von der Richtung Amsterdam und der Richtung Moskau erfolgt.

Der Aufruf zur Wahl wurde bereits seit längerer Zeit von der SPD.-Presse und ihren Anhängern getan. Diese Seite hat ohne Zweifel auch das größte Interesse an dem Ausgang der Wahl. Dies ist insbesondere in Berlin der Fall, wo bei jeder Gelegenheit behauptet wird, die Moskauer Richtung hätte die Mehrheit der Berliner Mitglieder des DEB. hinter sich. Am 13. August wird sich nun zeigen können, auf welcher Seite das Gros der Mitglieder steht, wobei es eine selbstverständliche Pflicht ist, daß ein jedes Mitglied seiner Wahlpflicht genügt.

Wie von den Moskauerern gearbeitet wird, mögen folgende kleine Beispiele beweisen. Der „Kommunistische Gewerkschaftler“ beschäftigt sich in seiner Nummer 20 mit dem Münchener Verbandstag. Eine Reihe von Behauptungen werden in dem fraglichen Artikel aufgestellt, ohne daß dazu auch nur die Spur eines Beweises gebracht wird. Man weiß eben in der Moskauer StraÙe sehr gut, daß es einen Teil von Gewerkschaftsmilitanten gibt, die blind alles glauben. In dem besagten Artikel wird unter anderem dem Vorstand der Vorwürfe gemacht, daß er nicht für den Ausbau der Industrieprovinz eingetreten sei (ein Beweis fehlt natürlich). Wörtlich laßt der Artikelschreiber:

„Vielmehr nahmen die Führer des DEB. bei jeder sich bietenden Gelegenheit Anlaß, um in kleinlichen Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen ihre Kraft zu verewenden.“

Es hat für die „Grenzstreitigkeiten suchenden“ Führer des DEB. sich nur eine Gelegenheit „geboten“ und dies besteht in der Vorstöße des Metallarbeiterverbandes, die Eisenbahnerwerkstättenarbeiter für sich zu reklamieren. Doch der Artikelschreiber im „K. G.“ scheint ein kurzes Gedächtnis zu haben, sonst müßte er wissen, daß selbst der „K. G.“ in früheren Artikeln und nebenbei auch alle kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre stets die Ansicht des Vorstandes des DEB. in dieser Angelegenheit vertreten haben.

Den Höhepunkt der Demagogie erreicht der Artikelschreiber, wenn er schreibt: „Das Sozialer Protokoll das eine Arbeitszeitverlängerung und eine Einschränkung der Rechte der Betriebsräte enthält, wurde vom DEB. unterzeichnet.“

Dem verantwortlichen Redakteur des „K. G.“, Ottomar Grotz, der auch allem Anschein nach der Verfasser der unbewiesenen Behauptungen ist, ist sicherlich bekannt, daß diese Behauptung die vollkommenste Unwahrheit darstellt. Doch nichts hindert ihn, getreu der Moskauer Grundsätze, die dreisteiten Pläcen in die Welt zu setzen. Jeder Eisenbahner weiß, daß im Sozialer im vorigen Jahr die Personaldelegationen der einzelnen Eisenbahndirektionen zusammen waren, um sich über juristische Selbständigkeiten in der Bescheidung der Arbeiterrechte zu unterhalten.

Dies wird wieder einmal treffend bewiesen, daß die Kommunisten eine höchst verantwortungslosige Gebe an den Gewerkschaften und ihrer Politik entfalten.

Eisenbahner, laßt Euch nicht auf den Singsang dieser Leute ein, die es sehr gut verstehen, an das Gefühl zu appellieren. Stimmt am 13. August für die Kandidaten der Richtung Amsterdam. In den Berliner Anträgen zum Verbandstag hat die Richtung Amsterdam die Wege politischer Gewerkschaftspolitik aufgezeigt, was sich von der Mehrzahl der kommunistischen Anträge nicht behaupten läßt.

Die Kandidaten der Richtung Amsterdam sind die Kollegen:

- Bauer, Paul, W. A. Z., Werkheller;
- Bonah, Max, W. A. G., Schäffer;
- Gahn, Paul, W. A. G., Vadschaffner;
- Jaser, Aris, Dribbüro, Angeheller;
- Klein, Mar. Im. Bur., Maschinenwäher;
- Huber, Hermann, Stat. Sib., Zugführer;
- Schüler, Karl, Kanalarer, Rab. Au.;
- Schulski, Alfred, W. A. Z., Schmied;
- Seejer, Johann, Dribbüro, Angeheller.

Nur für diese Kollegen gebt Eure Stimmen am 13. August ab.

Drohender Streik im Großhandel

Im Gegensatz zu der Notiz in der Berliner „Volkzeitung“ ist die Gefahr eines Streiks im Großhandel noch nicht behoben. Es sind der Arbeiterchaft in den verschiedenen Gruppen zwar Lohnhöhungen von 50-65 Proz. angeboten, doch sind die Löhne im Monat Juli derart niedrig gewesen — es wurden im Durchschnitt 900-1000 M. pro Woche den Familienvätern gezahlt —, daß die Entschlei-

dung trotz der verhältnismäßig hohen Zuschläge zum mindesten noch zweifelhaft ist. Weder die Handelsarbeiterchaft der Lederwirtschaft noch die des Textilgroßhandels sind zufriedengestellt. Sollten in den in diesen Tagen stattfindenden Vollversammlungen die Verhandlungsergebnisse angenommen werden, so wird die Organisation bei dem schlechten Stand der Löhne und bei zunehmender Teuerung sehr bald gezwungen werden, auf neue Verhandlungen zu bestehen. Es liegt an dem Verhalten der Arbeitgeber, ein erträgliches Arbeitsverhältnis wieder herzustellen. Eine am Sonnabend stattzufundene allgemeine Funktionärerversammlung, die zur Lohnbewegung im Großhandel Stellung nehmen sollte, konnte wegen der großen Erregung und des härmischen Verlangens nach einem gemeinsamen Streik zwecks Herbeiführung möglicher Einheitsfront, den Verhältnissen entsprechender Lohnsätze nicht zu Ende geführt, sondern mußte vertagt werden. Dem durchaus berechtigten Verlangen der Handels- und Arbeiterchaft nach einheitlicher Reaeluna ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse muß endlich einmal Rechnung getragen werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß bei fast gleichen Arbeitsbedingungen und Leistungen mehrere Dutzend voneinander abweichende Lohnsätze bestehen.

Soll es zurzeit nicht in den einzelnen Branchen zu Kompensationen führen, so muß dem Drängen nach beschleunigten Verhandlungen und angemessenen Lohnabzügen unbedingt stattgegeben werden. Besonders kritisch sieht es im Chemischen Großhandel und in der Verbandsmittelberstellung aus. Für die erwähnte Gruppe liegt ein Schiedsspruch, der der Arbeiterchaft eine Erhöhung der Löhne um ca. 50 Proz. bringen soll, zur Beschlußfassung vor. Die Lohnkommission ist bereit, dafür einzutreten, daß die Arbeiterchaft dem Schiedsspruch trotz der niedrigen Löhne von 1500 M. zustimmt. Es ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß die Arbeiterchaft sofort in den Streik tritt, falls wider Erwarten die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen. Für Sektion Verbandsmittel taugt heute, Dienstag, der Schlichtungsausschuss. Es darf angenommen werden, daß dort ein annehmbares Resultat erzielt wird. Für beide Gruppen findet am Dienstag, dem 8. August 22, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 25, die beschlußfassende Versammlung statt. Das Erscheinen aller Berufsangehörigen wird bestimmt erwartet.

Streik im Eisenhandel?

Im Groß-Berliner Eisenhandel hatten die beiden Lohnkommissionen neue Lohnsätze für den Monat August vereinbart, denen die Kommission der Arbeitnehmer zugestimmt hatte. Der Arbeitgeber-Verband teilt jedoch mit, daß seine Mitglieder-Versammlung dieses Angebot zurückzieht. Falls nicht noch bis morgen abend der Arbeitgeber-Verband eine andere Mittelung macht, wird der Streik im Eisenhandel unvermeidlich sein. Die Versammlung, die am Mittwoch, abends 6 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagt, wird dann zu keinem anderen Resultat kommen, als den der sofortigen Arbeitsniederlegung. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, den Streik zu vermeiden, wenn sie die von ihrer Kommission selbst zugestimmten Sätze annehmen.

Neue Löhne für Kellerarbeiter.

Die in den Weinrohhandlungen und Likörfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kuischer und Kraftwagenführer hatten mit Rücksicht auf die enormen Teuerungsverhältnisse durch ihre Organisation an die Unternehmer die Forderung gestellt, zu den bestehenden Löhnen eine Zulage von 750 M. pro Woche für männliche und von 600 M. für weibliche Beschäftigte zu zahlen. Nach längeren Verhandlungen machten die Unternehmer folgendes Angebot: „In den bestehenden Löhnen wird für männliche Beschäftigte eine Zulage von 500 M., für weibliche von 382 M. und für Jugendliche eine solche von 298 M. bis 397 M. gezahlt.“

Eine am 7. d. M. stattzufundene auf besuchte Versammlung nahm den Bericht der Lohnkommission entgegen. In der sehr lebhaften Diskussion wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß die gemachten Zugeständnisse nicht ausreichend seien. Die Abstimmung ergab eine Majorität für Annahme des Lohnabkommens.

Gedruckte Exemplare des Lohnabkommens sind im Verbandsbüro, Engelstr. 25, im Zimmer 33 gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises zu haben.

Kein Streik der Hochbahner. Die Urabstimmung der Hochbahner ergab eine Mehrheit für Annahme der neuen Lohnregelung. Das Personal der Hochbahn erhält danach für den Monat Juli eine Nachzahlung von 600 M. für männliche, 450 M. für weibliche und 250 M. für jugendliche Arbeitnehmer. Für den Monat August wird über die vom Schlichtungsausschuss festgesetzten Lohnsätze hinaus eine Stundenloohnerhöhung von 150 M. gewährt.

Betriebsräte Teltow und Umgehung. Alle Gruppenräte werden ersucht, zu der am Mittwoch den 9. d. M., nachmittags 5 Uhr im Lokal Stahl stattfindenden Vollversammlung der Betriebsräte Teltow und Umgehung unbedingt zu erscheinen. Referat: Betriebsrätefragen.

USPD. Gastwirthegehilfen! Am 9. August, vormittags 10 Uhr, im Clubhaus, Biegelstraße 2, wichtige Fraktionsversammlung und Jahrsversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Vorschlägen in der letzten Generalversammlung. In Anbetracht der ernsten Situation ist das Erscheinen sämtlicher Genossen unbedingt erforderlich.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Haub, Berlin; für den Inhaltsteil und geschäftliche Mitteilungen: t. z. Gustav Rotzsch, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reinhold, G. m. b. H., Berlin, E. B., Ritterstraße 75.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!